

AußenwirtschaftsNews – China

05/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Chinas Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal 2026 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,0 Prozent gestiegen. Für das gesamte Jahr hat die chinesische Regierung ein Wachstumsziel von 4,5 bis 5 Prozent ausgegeben.
- Unverändert belasten die Immobilienkrise, eine schwache Konsumnachfrage, industrielle Überkapazitäten und internationale Handelskonflikte die Wirtschaft. Zudem leidet Chinas Wirtschaft unter den Folgen des Iran-Kriegs.
- Die Geschäftserwartungen in der Wirtschaft sind gering: Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für das verarbeitende Gewerbe liegt im April mit 50,3 Punkten nur knapp über der Wachstumsgrenze. Im März waren es noch 50,4 Punkte.

2 Sicherheitspolitik

- Das US-Handelsministerium hat laut einem Bericht der [Nachrichtenagentur Reuters](#) mehrere US-Firmen aus der Halbleiterbranche schriftlich darüber informiert, dass sie bestimmte Produktionsanlagen nicht mehr an Hua Hong, den zweitgrößten Auftragsfertiger für Chips in China, liefern dürfen. Hintergrund ist das Bestreben der USA, zu verhindern, dass China rasch die nötige technologische Basis entwickelt, um eigenständig hochleistungsfähige Chips für moderne KI-Systeme zu produzieren.
- Im Zuge des 20. Sanktionspakets gegenüber Russland hat die Europäische Union Sanktionen gegen mehrere chinesische Firmen verhängt. Ihnen wird vorgeworfen, die russische Militär- und Rüstungsindustrie unmittelbar mit Technologielieferungen zu unterstützen. Diese Unternehmen wurden in [Anhang IV der Verordnung 833/2014](#) aufgenommen. Sie unterliegen nun strengeren Ausfuhrkontrollen für Dual-Use-Güter sowie weitere High-Tech-Güter.
- Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgerufen, bei Photovoltaik-Projekten keine Wechselrichter mehr aus chinesischer Produktion zu fördern. Am 1. April hatte die Behörde bereits einen Förderstopp für EU-Mittel beschlossen, was vor allem die Europäische Investitionsbank betrifft, die jährlich 20 Prozent der neuen PV-Kapazitäten in

der Europäischen Union fördert. Nun sollen die Mitgliedsstaaten dem Beispiel der Europäischen Union folgen.

3 Handelspolitik

- Die Europäische-Kommission hat Antidumpingzölle auf Glasfaserimporte aus drei Ländern eingeführt. Diese betreffen Waren, die von chinesischen Firmen in Ägypten, Bahrain und Thailand hergestellt werden. Glasfaser ist ein zentraler Grundstoff im Bereich der erneuerbaren Energien und wird unter anderem für Windräder und Solaranlagen benötigt. Die Zusatzzölle liegen je nach Land zwischen 11 und 25,4 Prozent. Schon im Jahr 2010 hatte die EU entsprechende Zölle auf unmittelbare Glasfaserimporte aus China beschlossen. In der Folge verlagerten chinesische Unternehmen ihre Produktion nach Bahrain und Ägypten und später auch nach Thailand. Von dort gelangten die gedumpte Produkte anschließend weiterhin auf den EU-Binnenmarkt. Dem will die EU nun entgegenwirken.
- Die Europäische Kommission führt Antidumpingzölle auf Adipinsäure ein. Im Fokus stehen Einfuhren zu künstlich niedrigen Preisen, die nach Einschätzung der Kommission den Wettbewerb verzerren und heimische Hersteller benachteiligen. Die Maßnahmen sehen definitive Abgaben in einer Spanne von 29,1 Prozent bis 42,3 Prozent vor. Seit November sind bereits vorläufige Zölle erhoben worden. Der Großteil der europäischen Importe der Säure stammt aus China.

4 Industriepolitik

- China hat die Vorhaben der Europäischen Union zur Förderung der eigenen Industrie (Industrial Accelerator Act, IAA) deutlich kritisiert. Nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums (MOFCOM) enthält der Entwurf erhebliche Investitionshemmnisse sowie eine institutionelle Benachteiligung chinesischer Anbieter in vier wichtigen Zukunftsbereichen: Batterien, Elektrofahrzeuge, Solartechnik und zentrale Rohstoffe. Falls die EU die Einwände Chinas ignoriere, behalte sich die Regierung in Peking entsprechende Gegenmaßnahmen vor (Quelle: [DIE ZEIT](#)).
- China hat Unternehmen angewiesen, US-Sanktionen gegen fünf chinesische Raffinerien im Zusammenhang mit dem iranischen Ölhandel nicht anzuerkennen oder umzusetzen. Zu diesem Zweck veröffentlichte das Handelsministerium eine „[Prohibition Order](#)“. Die Vereinigten Staaten verhängen bereits seit 2025 Sanktionen gegen chinesische Raffinerien und andere Unternehmen, weil sie an Geschäften mit iranischem Öl beteiligt sind. Sie werden auf die US-amerikanische SDN-Liste gesetzt und Vermögen in den USA wird gesperrt. Wer mit den sanktionierten Unternehmen arbeitet riskiert, ebenfalls von den USA sanktioniert zu werden. Multinationale Unternehmen sind nun gezwungen, zwischen zwei unvereinbaren Systemen zu wählen: Wer US-Sanktionen einhält, riskiert



- Verstöße gegen chinesisches Recht. Wer sich an chinesische Vorgaben hält, setzt sich potenziellen Konsequenzen in den Vereinigten Staaten aus.
- China will die Lieferketten seiner Halbleiterindustrie stärker lokalisieren. Bis Ende des Jahres sollen 70 Prozent der Siliziumwafer, die chinesische Chiphersteller nutzen, im Inland hergestellt werden. Bei Wafern für ältere Chipgenerationen ist China bereits weitgehend autark. Nun werden Wafer für neuere Chipgenerationen ins Auge gefasst.

5 Lobbyismus

Der chinesische Hersteller von Elektrofahrzeugen BYD hat beantragt, dem europäischen Branchenverband ACEA beizutreten. Ein Sprecher der European Automobile Manufacturers' Association bestätigte dies, eine Entscheidung darüber ist jedoch noch nicht gefallen. Im Falle einer Aufnahme wäre BYD das erste chinesische Unternehmen in diesem Verband. Mit dem Antrag treibt BYD seine globale Expansion voran und könnte so Einfluss auf wirtschaftspolitische Dossiers der EU üben (Quelle: [Europesays](#)).

Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
Elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.